

Griechenland-Krise: Wertlose Versprechen

Von Rotger H. Kindermann

Dunkle Wolken stehen über dem Projekt Europa. Und das nicht erst seit dem neuerlichen Vulkanausbruch in Island. Die Stimmung ist nicht gut. Bei den Wahlen in Finnland siegte eine europakritische Partei. Dänemark will seine Grenzen wieder dicht machen. In Österreich und anderen Ländern kommen die Europa-Gegner auf Rekord-Umfragewerte. Und überall wachsen die Zweifel, wie sicher der Euro noch ist.

Seit Wochen spitzt sich die griechische Krise zu. Die Regierung in Athen hofft, nachdem sie mit knapper Mehrheit das Vertrauen erhalten hat, auf die Bewilligung der nächsten Milliardenhilfe. Aber das Land hat die zugesagten Sparziele bisher nicht erreicht. Kein Wunder, dass in den Koalitionsfraktionen von Union und FDP der Unmut gegen den geplanten Euro-Rettungsschirm wächst. Die Zahl der Bundestagsabgeordneten, die gegen den Hilfsfonds für notleidende Staaten stimmen wollen, wächst. Einige Abgeordnete erwägen nun, die Zustimmung für maximal drei Jahre zu gewähren, um dann erneut den Bundestag abstimmen zu lassen. Im Herbst soll hier über den dauerhaften Rettungsschirm entschieden werden. Bis dahin wird es äußerst spannend, ob die Bundeskanzlerin noch eine eigene Mehrheit hinter sich bringen kann. In der FDP drohen schon zwölf Abgeordnete mit einem Veto. Schwarz-Gelb verfügt aber nur über eine Mehrheit von 20 Stimmen. Das wird knapp.

Was großspurig als Pakt für den Euro propagiert wird, ist in Wahrheit ein wertloses Versprechen. Denn keinem Land drohen Sanktionen, wenn es die darin enthaltenen – ohnehin sehr vagen – Vorgaben nicht erfüllt. Schon Ende Februar hatten sich 189 Volkswirtschaftsprofessoren in einer beispiellosen Aktion gegen die Ausdehnung des Rettungsschirms und einen dauerhaften Rettungsmechanismus ausgesprochen. Dieser Aufruf ist bisher offenbar der Bundesregierung und bei der Mehrheit des Parlaments nicht angekommen. Doch dies könnte sich bald ändern, wenn die schlechten Nachrichten aus Griechenland (und den anderen betroffenen Staaten) nicht abreißen. Auch bei uns in Deutschland wird die Staatsverschuldung noch nicht als das größte politische Grundübel angesehen. Typisch für diese Blindheit ist der Ausgang der Wahlen in Bremen. Dort hat man sich seit Jahrzehnten auf einem Schuldenberg bequem eingerichtet, wählt trotziger eine sparunwillige SPD und

lässt andere Bundesländer die Zeche begleichen.
Griechenland ist ganz nahe.